

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX

## Teil 1: Einführung

§ 1 Problemstellung . . . . .	1
§ 2 Besondere Regulierungsbedürftigkeit von Finanzdienstleistungs- unternehmen . . . . .	5
§ 3 Offenlegungsinteressen und Geheimnisschutz . . . . .	12
§ 4 Gang der Untersuchung . . . . .	35

## Teil 2: Transparenzpflichten von Finanzdienstleistungs- unternehmen

§ 1 Transparenz zur internen Kontrolle . . . . .	39
§ 2 Transparenz zur Kontrolle durch einzelne Private . . . . .	76
§ 3 Transparenz zur Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	134
§ 4 Transparenz zur Kontrolle durch die Öffentlichkeit . . . . .	165
§ 5 Herstellung von Transparenz durch Dritte . . . . .	196

## Teil 3: Folgerungen für andere Rechtsgebiete

§ 1 Folgerungen für das Gesellschaftsrecht . . . . .	215
§ 2 Folgerungen für das Arbeitsrecht . . . . .	247
§ 3 Folgerungen für andere Wirtschaftszweige unter staatlicher Aufsicht . . . . .	257
§ 4 Folgerungen für das Zivilprozessrecht . . . . .	262

## Teil 4: Zusammenfassung und Ausblick

§ 1 Zusammenfassende Bewertung . . . . .	315
§ 2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen . . . . .	321

§ 3 Ausblick . . . . .	324
Literaturverzeichnis . . . . .	327
Register . . . . .	361

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
 Teil 1: Einführung . . . . .	 1
§ 1 Problemstellung . . . . .	1
§ 2 Besondere Regulierungsbedürftigkeit von Finanzdienstleistungs- unternehmen . . . . .	5
A. Tatsächliche Grundlagen der besonderen Regulierungs- bedürftigkeit . . . . .	5
I. Regulierungsbedürftigkeit von Versicherungsunternehmen . . . . .	6
II. Regulierungsbedürftigkeit von Instituten . . . . .	7
B. Rechtliche Grundlagen der besonderen Regulierungs- bedürftigkeit . . . . .	8
I. Sozialstaatsprinzip . . . . .	9
II. Grundrechte . . . . .	10
C. Folgerungen für die Untersuchung . . . . .	11
§ 3 Offenlegungsinteressen und Geheimnisschutz . . . . .	12
A. Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses . . . . .	13
I. Die Elemente des Geheimnisbegriffs . . . . .	14
1. Unternehmensbezogene Tatsache . . . . .	16
2. Nichtoffenkundigkeit der Tatsache . . . . .	17
3. Geheimhaltungsinteresse . . . . .	18
4. Geheimhaltungswille des Geheimnisträgers und Geheimnisschutzmaßnahmen . . . . .	20
II. Einheitlichkeit des Geheimnisbegriffs . . . . .	22
III. Fazit . . . . .	23
B. Verfassungsrechtlicher Schutz von Geschäftsgeheimnissen . . . . .	23
I. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) . . . . .	24
1. Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	24

2. Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG und Rechtfertigung . . . . .	25
II. Recht auf Eigentum (Art. 14 GG) . . . . .	27
1. Schutz des Geschäftsgeheimnisses nach Art. 14 GG . . . . .	27
2. Herleitung des Grundrechtsschutzes im Einzelnen . . . . .	28
3. Konkurrenzverhältnis zur Berufsfreiheit . . . . .	31
4. Eingriff in Art. 14 Abs. 1 GG und Rechtfertigung . . . . .	31
III. Schutz durch weitere Grundrechte und Prinzipien . . . . .	32
1. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) . . . . .	32
2. Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Unter- nehmers (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) . . . . .	32
3. Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Unter- nehmers (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 12 Abs. 1 GG) . . . . .	33
4. Sozial- und Rechtsstaatsprinzip . . . . .	34
IV. Fazit . . . . .	35
§ 4 Gang der Untersuchung . . . . .	35
 Teil 2: Transparenzpflichten von Finanzdienstleistungs- unternehmen . . . . .	 39
§ 1 Transparenz zur internen Kontrolle . . . . .	39
A. Interne Transparenz als Ziel des Finanzaufsichtsrechts . . . . .	40
B. Interne Transparenz nach den Vorschriften des Finanz- aufsichtsrechts . . . . .	41
I. Interne Transparenz von Instituten . . . . .	41
1. Informationsbeziehungen des Risikomanagements . . . . .	42
a) Informationsbeziehungen zum Leitungsorgan . . . . .	42
b) Pflicht zur Berichterstattung gegenüber dem Aufsichts- organ . . . . .	43
c) Risikocontrolling-Funktion (Art. 76 Abs. 5 CRD IV) . . . . .	43
2. Informationsbeziehungen des Risikoausschusses . . . . .	44
3. Einrichtung einer Compliance-Funktion . . . . .	47
4. Folgerungen . . . . .	47
II. Interne Transparenz von Versicherungsunternehmen . . . . .	49
1. Vorstand als Zentrum der Informationsbeziehungen . . . . .	50
2. Informationsbeziehungen des Risikomanagements . . . . .	52
a) Risikocontrolling (§ 26 Abs. 8 VAG-E) . . . . .	52
b) ORSA (§ 27 Abs. 1 VAG-E) . . . . .	54
c) Allgemeine Informationspflichten des Risikomanage- ments gegenüber dem Aufsichtsrat . . . . .	55

3. Informationsbeziehungen des internen Kontrollsystems	
(§ 29 VAG-E) . . . . .	55
a) Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Funktion . . .	56
b) Regelungsvorbild WpHG und WpDVerOV . . . . .	57
c) Weisungsrecht der Compliance-Funktion . . . . .	57
d) Informationsrechte der Compliance-Funktion . . . . .	59
e) Insbesondere: Verhältnis zum Aufsichtsrat . . . . .	60
aa) Bericht an den Aufsichtsrat . . . . .	60
bb) Auskunftsanspruch des Aufsichtsrats . . . . .	62
f) Insbesondere: Verhältnis zu Behörden . . . . .	63
g) Insbesondere: Stellung als öffentlicher Beauftragter . . .	65
h) Fazit . . . . .	67
4. Informationsbeziehungen der internen Revision	
(§ 30 VAG-E) . . . . .	67
5. Informationsbeziehungen der versicherungs-	
mathematischen Funktion (§ 31 VAG-E) . . . . .	68
6. Zusammenfassung . . . . .	69
III. Fazit . . . . .	70
C. Kritik und Folgerungen . . . . .	70
I. Grundsätze für Vorschriften zur internen Transparenz . . .	71
II. Folgerungen für das Verständnis der prinzipienbasierten	
Aufsicht . . . . .	74
III. Folgerungen für Kontrolle durch Transparenz . . . . .	75
§ 2 Transparenz zur Kontrolle durch einzelne Private . . . . .	76
A. Transparenz für Kunden als Ziel von Offenlegungspflichten . . .	76
I. Zivilrechtlicher Ansatz: Information des mündigen Privaten	
1. Einheitliches zivilrechtliches Konzept von Kontrolle durch	
Transparenz . . . . .	77
2. Insbesondere: Das Leitbild des mündigen Privaten . . . . .	79
3. Fazit . . . . .	83
II. Öffentlich-rechtlicher Ansatz: Information des mündigen	
Privaten . . . . .	83
B. Transparenz für Kunden im geltenden Recht . . . . .	84
I. Passive Offenlegungspflichten der Unternehmen . . . . .	84
1. Offenlegung kundenbezogener Information nach	
§ 202 VVG . . . . .	85
2. Reichweite des § 202 VVG in direkter und analoger	
Anwendung . . . . .	86
3. Einsichtnahme gem. § 810 BGB . . . . .	88
4. Einsichtnahme aufgrund vertraglicher Treuepflicht	
(§ 242 BGB) . . . . .	93

5. Fazit . . . . .	94
II. Aktive Offenlegungspflichten der Unternehmen . . . . .	94
1. Vorvertragliche Informationspflichten . . . . .	94
a) Die „richtige“ Vertragsentscheidung als Ziel der Gesetzgebung . . . . .	94
b) Hinweise, Erläuterungen und Beratung als Mittel der Kontrolle durch Transparenz . . . . .	97
2. Aufklärungspflichten . . . . .	99
a) Spontane Aufklärungspflichten gem. § 6 VVG . . . . .	100
b) Ungeschriebene spontane Aufklärungspflichten . . . . .	102
aa) Anlassunabhängige Aufklärungspflichten . . . . .	103
bb) Anlassbezogene Aufklärungspflichten . . . . .	105
cc) Fazit . . . . .	109
III. Zusammenfassung . . . . .	109
C. Kritik und Folgerungen . . . . .	109
I. Der mündige, aber beschränkt belastbare Private . . . . .	109
II. Grundsätze für eine interessengerechte Weiterentwicklung der Offenlegungspflichten . . . . .	113
1. Weiterentwicklung von passiven Offenlegungspflichten . . . . .	113
2. Weiterentwicklung von Informationspflichten . . . . .	117
a) Ziel der „informierten Entscheidung“ . . . . .	117
b) Der Grundsatz der Informationssparsamkeit und seine Folgen . . . . .	118
aa) Vorrang anderer Informationsbeziehungen . . . . .	119
bb) Wesentliche Informationen . . . . .	120
cc) Insbesondere: Ausschluss „weicher“ Informationen . . . . .	121
dd) Insbesondere: Geheimhaltungsinteressen des Verpflichteten . . . . .	123
c) Persönlicher Anwendungsbereich der Informations- pflichten . . . . .	124
d) Beschränkung auf Informationspflichten . . . . .	127
e) Sonderfall: Produktinformationsblätter . . . . .	128
aa) Sachlicher Anwendungsbereich des PIB . . . . .	128
bb) Persönlicher Anwendungsbereich des PIB . . . . .	129
cc) Anforderungen an das PIB im Einzelnen . . . . .	129
f) Fazit . . . . .	131
3. Weiterentwicklung von Aufklärungspflichten . . . . .	132
III. Folgerungen für Kontrolle durch Transparenz . . . . .	133
§ 3 Transparenz zur Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	134
A. Transparenz für Aufsichtsbehörden als Ziel des Finanzaufsichts- rechts . . . . .	134

I. Transparenz als Mittel der klassischen Staatsaufsicht . . . . .	135
II. Funktionswandel der aufsichtsrechtlichen Offenlegungspflichten in der modernen Finanzaufsicht . . . . .	136
B. Grundsatz der Transparenz für die Aufsichtsbehörde . . . . .	139
I. Überblick über die finanzaufsichtsrechtlichen Offenlegungspflichten . . . . .	139
II. Transparenz nach Solvency II . . . . .	141
1. Informationsgeneralklausel und Offenlegungspflichten . . . . .	141
2. Insbesondere: Anforderungen gem. § 43 VAG-E . . . . .	143
3. Insbesondere: Verhältnismäßigkeit (§ 296 VAG-E) . . . . .	144
4. Zwischenergebnis . . . . .	145
III. Sicherstellung des Geheimnisschutzes . . . . .	145
1. Geheimhaltungspflicht gem. §§ 9 KWG n.F., 84 VAG, 8 WpHG . . . . .	145
a) Schweigepflicht und Verschwiegenheitspflicht . . . . .	146
b) Schutzgegenstand: Tatsachen und Werturteile . . . . .	146
c) Verbotene Handlung . . . . .	148
d) Normadressat . . . . .	148
e) Unbefugtheit der Offenlegung . . . . .	150
f) Fazit . . . . .	151
2. Ungeschriebene Ausnahmen . . . . .	151
a) Ausnahme bei Verschwiegenheitsverpflichtung des Dritten . . . . .	151
b) Ausnahme bei sich außerhalb der Rechtsordnung stellenden Unternehmen . . . . .	152
3. Fazit . . . . .	153
C. Kritik und Folgerungen . . . . .	154
I. Grenzen der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	154
II. Grundsätze für Vorschriften über Transparenz gegenüber der Aufsichtsbehörde . . . . .	154
1. Informationen ohne unmittelbaren Zusammenhang zur Aufsichtstätigkeit . . . . .	155
2. Vorrang anlassbezogener Offenlegungspflichten . . . . .	157
3. Vorrang von aktiven gegenüber passiven Offenlegungspflichten . . . . .	158
4. Abstrakt-individuelle Offenlegungspflichten . . . . .	158
5. Vorrang von Offenlegungsobliegenheiten . . . . .	160
6. Vorrang einer gesetzlichen Ausdifferenzierung des Adressatenkreises vor der Anordnung des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	161
7. Informationsvorsorge in den Unternehmen . . . . .	163
8. Fazit . . . . .	164

III. Folgerungen für Kontrolle durch Transparenz . . . . .	164
§ 4 Transparenz zur Kontrolle durch die Öffentlichkeit . . . . .	165
A. Transparenz für die Öffentlichkeit als Ziel des Finanzaufsichtsrechts . . . . .	165
I. Konzept im Einzelnen . . . . .	165
II. Insbesondere: Die Öffentlichkeit als Adressat der Informationen . . . . .	168
B. Transparenz für die Öffentlichkeit nach den Vorschriften des Finanzaufsichtsrechts . . . . .	170
I. Geschäftsgeheimnisse als offenlegungsfester Kern der unternehmensbezogenen Information . . . . .	170
II. Offenlegungspflichten und Geheimnisschutz bei Instituten . . . . .	171
1. Offenlegungspflichten gem. § 26a KWG a.F. . . . .	171
2. Änderungen durch CRD IV . . . . .	172
3. Offenlegung von Vergütungssystemen (Art. 450 CRR) . . . . .	173
III. Offenlegungspflichten und Geheimnisschutz bei Versicherungsunternehmen . . . . .	174
1. Offenlegungspflichten und Geheimnisschutz de lege lata . . . . .	174
2. Offenlegungspflichten und Geheimnisschutz nach Solvency II . . . . .	175
IV. Fazit . . . . .	178
C. Kritik und Folgerungen . . . . .	178
I. Funktionsfähigkeit des Konzepts „Kontrolle durch Transparenz für die Öffentlichkeit“ . . . . .	178
1. Interessengegensatz zwischen Kontrollinstanz und Kontrollierten . . . . .	179
2. Defizite der Kontrollinstanz . . . . .	181
a) Grenzen der Informationssammlung und -aufnahme . . . . .	181
b) Grenzen der Informationsverwertung . . . . .	182
c) Begrenzte Fachkenntnisse . . . . .	184
d) Steuerbarkeit der Öffentlichkeit . . . . .	185
3. Folgerungen . . . . .	186
II. Grundsätze für eine Weiterentwicklung der Offenlegungspflichten . . . . .	187
1. Gegenstand der Offenlegung: Andere als rechtserhebliche Umstände . . . . .	188
2. Vorrang von Offenlegungsobliegenheiten . . . . .	189
3. Vorrang der eingeschränkten Öffentlichkeit . . . . .	190
4. Vorrang der Regelung durch Gesetz oder Richtlinie . . . . .	191
5. Weitere Kennzeichen einer verhältnismäßigen Regelung . . . . .	192
a) Abstufung der Offenlegungspflichten . . . . .	192



b) Wesentlichkeitsklausel . . . . .	193
c) Verhältnismäßigkeit des Aufwands der Informations- mitteilung . . . . .	194
d) Verweisung auf andere Informationsquellen . . . . .	194
6. Fazit . . . . .	195
III. Folgerungen für Kontrolle durch Transparenz . . . . .	195
§ 5 Herstellung von Transparenz durch Dritte . . . . .	196
A. Transparenz durch Shaming . . . . .	196
I. Behördlich vermittelte Kontrolle durch Shaming im WpHG . . . . .	197
II. Kontrolle durch Shaming im VAG . . . . .	199
III. Fazit . . . . .	202
B. Transparenz durch externes Whistleblowing . . . . .	202
I. Externes Whistleblowing durch Arbeitnehmer . . . . .	203
1. Zulässigkeit des Whistleblowings gegenüber Behörden . . . . .	203
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen für externes Whistle- blowing . . . . .	203
b) Modifikation für Arbeitnehmer in Finanzdienstleistungs- unternehmen . . . . .	204
aa) Öffentliches Interesse an der Information . . . . .	205
bb) Berechtigung der Vorwürfe . . . . .	206
cc) Grundsätzlicher Vorrang innerbetrieblicher Abhilfe . . . . .	206
dd) Fazit . . . . .	207
2. Whistleblowing gegenüber anderen Dritten . . . . .	208
II. Externes Whistleblowing durch Betriebsratsmitglieder . . . . .	208
III. Externes Whistleblowing durch Organmitglieder . . . . .	211
IV. Fazit . . . . .	213
C. Folgerungen für Kontrolle durch Transparenz . . . . .	213
Teil 3: Folgerungen für andere Rechtsgebiete . . . . .	215
§ 1 Folgerungen für das Gesellschaftsrecht . . . . .	215
A. Wirkungen des Finanzaufsichtsrechts für Aktiengesellschaften anderer Wirtschaftszweige . . . . .	215
I. Ausstrahlungswirkung des Finanzaufsichtsrechts . . . . .	216
II. § 91 Abs. 2 AktG als Einfallstor finanzaufsichtsrechtlicher Wertungen . . . . .	220
III. Erweiterung der aktienrechtlichen Informationsbeziehungen durch Einführung neuer Kontrollinstanzen . . . . .	223
1. Implementierung neuer Geschäftsorganisationspflichten . . . . .	223
2. Insbesondere: Pflicht zur Einrichtung einer Compliance- Funktion . . . . .	225

IV. Fazit . . . . .	226
B. Modifikation der aktienrechtlichen Informationsbeziehungen in Finanzdienstleistungsunternehmen . . . . .	226
I. Informationsbeziehungen zu den Aktionären . . . . .	226
II. Interne Informationsbeziehungen . . . . .	230
1. Offenlegungspflichten des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat . . . . .	231
a) Berichtspflicht und Einsichtsrecht (§§ 90, 111 Abs. 2 AktG) . . . . .	231
b) Schranken der Informationsrechte . . . . .	232
c) Modifikation in Finanzdienstleistungsunternehmen . . . . .	238
2. Informationsbeziehungen innerhalb des Vorstands . . . . .	239
a) Offenlegungspflichten innerhalb des Vorstands . . . . .	239
b) Modifikation in Finanzdienstleistungsunternehmen . . . . .	242
3. Informationsbeziehungen innerhalb des Aufsichtsrats . . . . .	243
4. Sonderstellung des Gremiumsvorsitzenden . . . . .	244
5. Gesetzliche Festschreibung der Informationsbeziehungen . . . . .	246
III. Zusammenfassung . . . . .	246
C. Fazit . . . . .	247
§ 2 Folgerungen für das Arbeitsrecht . . . . .	247
A. Individualarbeitsrechtliche Offenlegungspflichten von Arbeitnehmern gegenüber dem Arbeitgeber . . . . .	248
I. Rechtsgrundlage der Offenlegungspflichten des Arbeitnehmers . . . . .	248
II. Grundsätzliche Offenlegungspflicht des Arbeitnehmers . . . . .	249
III. Offenlegungspflichten des Arbeitnehmers bei objektiven Umständen . . . . .	250
IV. Offenlegungspflichten bei Vorkommnissen mit Personen- bezug . . . . .	250
1. Offenlegungspflicht im Zusammenhang mit Arbeitgeber- weisungen . . . . .	251
2. Offenlegungspflicht bei Umständen außerhalb des Arbeits- bereichs . . . . .	251
3. Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Arbeit- nehmers . . . . .	252
4. Fazit . . . . .	255
B. Modifikation der allgemeinen Grundsätze in Finanzdienstleistungsunternehmen . . . . .	255
C. Fazit . . . . .	257

§ 3 Folgerungen für andere Wirtschaftszweige unter staatlicher Aufsicht . . . . .	257
A. Beschränkung auf Transparenz zur Kontrolle durch Aufsichtsbehörden . . . . .	257
B. Besonderheiten der Aufsicht über Finanzdienstleister . . . . .	259
C. Übertragbarkeit der gefundenen Grundsätze auf andere Rechtsgebiete . . . . .	259
D. Fazit . . . . .	261
§ 4 Folgerungen für das Zivilprozessrecht . . . . .	262
A. Informationelle Eigenverantwortung im Zivilprozess . . . . .	262
I. Durchbrechung durch die Grundsätze der sekundären Darlegungslast . . . . .	263
1. Voraussetzungen der sekundären Darlegungslast . . . . .	264
2. Wirkungen der sekundären Darlegungslast . . . . .	264
3. Herleitung der sekundären Darlegungslast . . . . .	267
4. Fazit . . . . .	270
II. Transparenz als Grundsatz des Zivilprozesses . . . . .	271
1. Aufklärungspflicht als Begründung der sekundären Darlegungslast . . . . .	271
2. Allgemeine prozessuale Aufklärungspflicht . . . . .	273
III. Fazit . . . . .	275
B. Sicherstellung des Geheimnisschutzes . . . . .	276
I. Notwendigkeit des Geheimnisschutzes im Zivilprozess . . . . .	276
II. Geheimnisschutz gegenüber der Öffentlichkeit . . . . .	278
1. Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 Nr. 2 GVG . . . . .	278
2. Ausschluss der Öffentlichkeit bei Verkündung des Urteils (§§ 173 Abs. 2 GVG, 172 GVG analog) . . . . .	281
3. Geheimhaltungspflicht der Prozessparteien . . . . .	282
a) Beschluss gem. § 174 Abs. 3 GVG . . . . .	282
b) Sicherheitsleistung . . . . .	284
c) Wechselseitige Offenlegung . . . . .	284
d) Fazit . . . . .	285
4. Beschränkung des Akteneinsichtsrechts (§ 299 Abs. 2 ZPO) . . . . .	285
5. Fazit . . . . .	286
III. Geheimnisschutz der Parteien untereinander . . . . .	286
1. Ausklammern des Geheimnisses aus dem Prozess . . . . .	287
a) Getrennte Verhandlung einzelner Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	287
b) Zurückstellen der Beweiserhebung . . . . .	288
c) Zurückstellen von Beweismitteln . . . . .	290

d) Ausschluss von Tatsachen durch Zeugnisverweigerungsrechte . . . . .	291
e) Fazit . . . . .	291
2. Partiieller Ausschluss der Parteien . . . . .	291
a) Beschränkungen des Akteneinsichtsrechts . . . . .	292
b) Auszugsweiser Aktenvortrag . . . . .	293
c) in camera-Verfahren . . . . .	294
aa) Grundzüge eines in camera-Verfahrens . . . . .	294
bb) Grundsätzliche Zulässigkeit eines zivilprozessualen in camera-Verfahrens . . . . .	296
cc) in camera-Verfahren in der Hauptsache . . . . .	298
dd) Entscheidung durch das Gericht der Hauptsache . . . . .	301
ee) Ausgestaltung des in camera-Verfahrens im Einzelnen . . . . .	302
(1) in camera-Verfahren zugunsten der nicht beweisbelasteten Partei . . . . .	302
(2) in camera-Verfahren zugunsten der beweisbelasteten Partei . . . . .	306
(3) in camera-Verfahren nach gerichtlicher Offenlegungsanordnung . . . . .	309
ff) Einschaltung eines Sachverständigen . . . . .	309
gg) Urteil und Urteilsverkündung . . . . .	310
hh) Rechtsbehelfe . . . . .	311
ii) Flankierende Maßnahmen . . . . .	312
3. Zwischenergebnis . . . . .	312
IV. Fazit . . . . .	312
C. Neubewertung der Transparenz im Zivilprozess aufgrund des in camera-Verfahrens . . . . .	313
Teil 4: Zusammenfassung und Ausblick . . . . .	315
§ 1 Zusammenfassende Bewertung . . . . .	315
A. Kontrolle durch Transparenz: Voraussetzungen und Grenzen . . . . .	315
B. Ein rechtsgebietsübergreifendes System der „Corporate Transparency“ . . . . .	318
§ 2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen . . . . .	321
§ 3 Ausblick . . . . .	324
Literaturverzeichnis . . . . .	327
Register . . . . .	361